Offizielles Organ des Arbeiter- und Soldatenrats

Anzeigenpreise:
Die neungespalt. Nonpareillezeile 25 ₰
Inserate für auswärts . . . . . 40 ₰
Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen . . . . . 15 ₰
Die viergespaltene Reklamezeile . 1.50 ℳ
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . . . monatlich 1.50 ℳ
vierteljährlich 4.50 ℳ
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr . monatlich 14 ₰
Einzelnummern . . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig Nr. 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Nr. 127 | Donnerstag, den 5. Juni 1919 | 10. Jahrgang

Milderung der Friedensbedingungen?

Haag, 4. Juni. (W. T. B.) Der Pariser Berichterstatter der „New York Tribune" weist nochmals darauf hin, daß der Viererrat geneigt ist, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Wilson ist für größere, Clemenceau für geringere Aenderungen. Italien wünscht so rasch wie möglich die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen.

So die „New York Tribune". Wäre es nur diese eine Stimme, so würden wir wenig Wert auf sie legen. Doch einmal lagen bereits gestern Nachrichten aus England und Amerika vor, nach denen man annehmen konnte, daß einflußreiche Ententekreise für wesentliche Aenderungen zu haben sind. Dann aber liegen auch heute wieder Meldungen vor, die zeigen, daß in England und Amerika die Gewaltpolitik des Herrn Clemenceau zum mindesten nicht bis in alle Konsequenzen mitgemacht wird. So erfährt „Daily News" aus Paris, daß der britische Standpunkt dahin zusammenzufassen sei, daß die deutschen Gegenvorschläge genau geprüft werden müssen und sagt dann weiter:

„Es steht keineswegs fest, daß nicht nur die wirtschaftlichen Bestimmungen revidiert werden können und nicht auch die territorialen und militärischen."

Das klingt zwar recht verheißungsvoll. Doch man muß immerhin bedenken, daß es in derselben Zeitung steht, die bereits während des Krieges mannhaft gegen die wahnwitzige Pariser Tigerpolitik aufgetreten ist. In einem Berliner Telegramm von heute nacht heißt es, die jetzt ankommende amerikanische Presse zeige unmißverständlich eine ziemlich einmütige Verdammung der Versailler Beschlüsse, wenn auch die Motive für dieses vernichtende Urteil je nach der Parteirichtung verschiedenen Gesichtspunkten entstammten.

Wir warnen trotz alledem davor, mit wesentlichen Milderungen zu rechnen. Unsere Unterhändler scheinen auch nicht gerade optimistisch zu sein. Der Versailler Korrespondent des „Berliner Tageblatt" hat den Eindruck gewonnen, daß sie mit einer ablehnenden Antwort und einem Ultimatum rechnen. Das entspricht ganz der Meldung des „Echo de Paris", die wir gestern wiedergaben. Nach ihr soll Clemenceau am Freitag eine begründete Ablehnung überreichen, die uns eine Annahmefrist bis zum 15. Juni gewährt.

Es ist schwer, in diesem Nachrichten-Durcheinander zurechtzufinden. Wir bezweifeln durchaus nicht, daß in England und Amerika der Widerwille gegen den Gewaltfrieden wächst. Eines aber sei nicht vergessen. Frankreich war bei dem eigenartigen Siege der Entente militärisch führend. Wie 1871 der wortkarge Moltke gegen die Diplomaten siegte, wie in Brest-Litowsk General Hoffmann mit Erfolg auf den Tisch schlug und einen Gewaltfrieden zustande bringen half, so kann es in Versailles auch Herrn Clemenceau gelingen, sich durchzusetzen, weil General Foch die Ententeheere zum Erfolg führte. Darum: fest bleiben und auf das schwerste gefaßt sein!

Endlich Taten?

Der Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs veröffentlicht in der „Humanité" einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, in dem er aufs energischste **gegen die Intervention in Rußland und Ungarn** Einspruch erhebt. Die Arbeiter-Revolutionen in Europa dürften nicht niedergezwungen werden. Dies wäre ein großer Rückschritt für den Sozialismus in Frankreich und der ganzen Welt. Freiheit und Arbeiterschaft wären gefährdet, die Republik würde entehrt. Die Arbeiter und Bauern Frankreichs dürften diese Verbrechen nicht zulassen. Die Arbeiter und Bauern begrüßen die Haltung der Matrosen der französischen Flotte im Schwarzen Meer, die nicht die Rolle von Polizisten in Odessa spielen wollten und zum Zeichen des Protestes die rote Flagge gehißt hatten.

Der Aufruf fährt fort:

„Dies genügt nicht. **Die sozialistische Partei ruft auch heute zur Tat. In England droht der Dreibund der Arbeiter, die Arbeit wieder einzustellen, wenn er nicht die sofortige Zurücknahme aller Truppen aus Rußland erwirkt. Die italienische sozialistische Partei schlägt unseren drei Proletariaten eine Massenaktion vor. Es handelt sich hier nicht um leere Drohungen, sondern um die Revolution in Rußland und Ungarn zu retten und damit auch Eure eigenen Befreiungsmöglichkeiten. Haltet Euch bereit, den Aufruf Eurer Klassenorganisationen zu beantworten."**

Wir begrüßen den Kampfwillen des Vorstandes der sozialistischen Partei. Möge es ihm gelingen, zu gelegener Zeit wirksam zu protestieren. **Westpreußens Arbeiter aber möchten wir warnen, sich in Illusionen über die Aktionsfähigkeit des französischen Proletariats zu ergehen.** Die Organisationen in Frankreich sind außerordentlich schwach. Die französische Arbeiterbewegung hat sich bei weitem nicht in dem Umfange durchgesetzt wie die deutsche. Und zu alledem kommt noch hinzu, daß im siegreichen Frankreich an sich wenig Stimmung für revolutionäre Bewegungen sein kann.

Noch kennen wir den genauen Wortlaut der Kundgebung der französischen Parteileitung nicht. Doch wir zweifeln nicht daran, daß, wäre in ihr auch nur eine Andeutung enthalten, daß Frankreichs Sozialisten der Besetzung Deutschlands im Fall der Aufrechterhaltung des Gewaltfriedens Widerstand entgegenzusetzen gewillt seien, der vom Wolffschen Bureau stammende Auszug enthielte sie. So aber ist immer nur von Rußland und Ungarn die Rede. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß das Gewaltregiment Clemenceaus eine derartige Kundgebung unmöglich mache. Was da unter Anführung von Rußland und Ungarn gesagt wird, ohne daß Herr Clemenceau etwas erwidert, braucht nur allgemein gesagt zu werden, und Frankreichs Arbeiter im Waffenrock werden, wenn sie reif zur revolutionären Aktion sind, das sehr wohl verstehen und nicht nach Deutschland marschieren. Wir fürchten jedoch, daß unsere führenden Genossen in Frankreich wissen, daß dort eine derartige Parole zurzeit noch wenig populär ist.

Ist so eine Weltrevolution von Westen her keineswegs zu erwarten, so ist es doch durchaus möglich, daß die mißlichen sozialen, wirtschafts- und finanzpolitischen Verhältnisse in Frankreich sowohl wie in England bereits in absehbarer Zeit das Proletariat zur Rebellion bringen. Sind sie auch für Gedankengänge wie den der Weltrevolution nicht reif, so sind sie doch fähig, sich gegen das Elend, das auch dort noch immer kein Ende nehmen will, mit Entschiedenheit zu erheben. Im „Populaire", der meldet, daß in Paris 350 000 Arbeiter streiken, wird bereits jetzt gesagt:

Der Augenblick ist äußerst ernst. Die Arbeitgeber widersetzen sich unseren gerechten Forderungen. Unsere Regierung stößt das Volk immer wieder vor den Kopf. Neue erdrückende Steuern werden kommen. Statt eines Gerechtigkeitsfriedens, der die Völker aussöhnen soll, reißt die Welle des wahnsinnigen Imperialismus die letzte Hoffnung weg, die man auf Wilson gesetzt hatte. Unsere auswärtige Politik ist verbrecherisch. In Ungarn, Rußland, überall werden die Arbeiter-Revolutionen bekämpft. Das französische Proletariat wird das abscheuliche Geschäft der Reaktion, zu dem es verleitet werden soll, niemals durchführen.

Hier sind bereits die sozialen Dinge in den Vordergrund gerückt und auch der Schlußsatz klingt für uns ein wenig verheißungsvoller als der Parteivorstandsaufruf. Besteht die Entente auf den Gewaltfrieden, weigern wir uns, zu unterzeichnen, besetzt die Entente Deutschland und dauert der mobile Zustand in ihren Staaten fort, so müssen sich die sozialen Verhältnisse dort in absehbarer Zeit so unerträglich gestalten, daß Clemenceaus Gewaltpläne in Trümmer fallen.

Wir erkennen an, daß unsere französischen Genossen von Tag zu Tag eifriger bemüht sind, den Rechtsfrieden zu fördern. Im Interesse des Sozialismus wünschen wir ihrem Kampfe Erfolg. Es wäre aber leichtfertig, im deutschen Proletariat Hoffnungen zu erwecken, von denen man nicht weiß, ob sie jemals erfüllt zu werden vermögen. Wir müssen damit rechnen, daß man uns den Gewaltfrieden aufzuzwingen sucht, auf alles gefaßt sein und nachweisen, daß es auch in diesem Fall unmöglich ist, daß die Gewalt längere Zeit obenauf bleibt.

•

Die Streikbewegung.

Wie der „Matin" mitteilt, herrschte gestern in den Wandelgängen der Kammern große Erregung und Besorgnis über die Zustände und die innere Lage. Die Streikbewegung nimmt nach „Matin" in der Provinz zu. In Nordfrankreich liegen sämtliche Bergwerke still. In Bordeaux feiern 20 000 Arbeiter, darunter sämtliche Metallarbeiter. Im ganzen Gebiet Grenoble, Isère und Savoyen haben sämtliche Metallarbeiter, sowie die Gewerkschaften der Bauarbeiter, Schuhmacher, Schokoladenarbeiter und Transportarbeiter den Streik erklärt. In Clermont und Vienne haben mehrere Gewerkschaften sich der Bewegung angeschlossen. „Populaire" meldet, daß in Paris auch die Wagenbauarbeiter und die Finanzangestellten aller Betriebe sich dem Aufstande der Arbeiter angeschlossen haben.

Treffende Worte

sind es, die Genosse Viktor Schiff, der Pariser Berichterstatter des „Vorwärts", an die streikenden proletarischen Brüder richtet.

Der Clemenceausche Friede ist der Sieg der internationalen kapitalistischen Bourgeoisie über die Internationale der Arbeiter, und der verzweifelte Kampf der deutschen Friedensdelegation gegen die Vertretungen der alliierten und assoziierten Länder ist in Wirklichkeit der Entscheidungskampf zwischen Weltreaktion und Weltrevolution. Hat die erstere schon gesiegt? Sollten die ungeheuren Kräfte, die in der Arbeiterbewegung aller Länder liegen und nach Taten drängen, ganz machtlos sein? Ja, — wenn diese Kräfte sich in kläglicher Verblendung selbst zersplittern und aufreiben, wie es gegenwärtig den Anschein hat.

Anstatt gegen den Geist von Versailles geschlossen, einmütig Stellung zu nehmen, bekämpfen sich die Führer des Proletariats gegenseitig in allen Ländern. In Rußland sind es Bolschewisten und Sozialrevolutionäre, die im Augenblick der höchsten reaktionären Gefahr, im Augenblicke, wo Koltschak durch die Bourgeoisregierungen der Entente die die dem Zarismus für sein Kriegswerk geliehenen Milliarden retten wollen, materiell unterstützt wird und anerkannt werden soll, nicht auf den Gedanken kommen, sich gegenseitig einige Konzessionen zu machen, um die Früchte der Revolution vom März 1917 zu sichern. In Italien hält ein Teil der Sozialisten zur zweiten, ein anderer zur dritten Internationale. In Frankreich beschimpfen sich die Rechts- und die Linkssozialisten fast ebenso wie in Deutschland die beiden Lager der Arbeiterschaft. Und in Deutschland!! . . .

Während ein Teil der deutschen Arbeiterschaft durch ihre entschlossene Stellungnahme gegen den Vernichtungsfrieden eine immer deutlichere Verwirrung in die Reihen der Ententemachthaber getragen hat, **fällt ihr ein anderer Teil in den Rücken** und erklärt von vornherein, der Friede müsse jedenfalls unterschrieben werden. Und wir haben dem traurigen Schauspiel beiwohnen müssen, daß eins der Pariser Blätter, die den Geist von Versailles am besten verkörpern, der klerikal-feudalistisch-reaktionäre „Figaro", welcher sich vor dem Kriege nachgewiesenermaßen gleichzeitig von Schneider-Creusot und von Krupp-Essen bestechen ließ, um für Rüstungszwecke zu agitieren, höhnisch-triumphierend zwei Stimmen zum Friedensentwurf gegenüberstellte: einen Aufsatz der „Humanité", der das mordbrüchige Verbrechen der Entente rücksichtslos brandmarkte — und einen Aufsatz der „Freiheit", der für die Unterzeichnung dieses Friedensentwurfes eintrat!

Ist es nicht zum Verzweifeln!

Nein! Noch ist es Zeit sich zu besinnen. Es soll nicht heißen, daß das Proletariat sich in seiner Schicksalsstunde selbst verloren gab, indem es vorzog, kleinliche, kurzsichtige Parteipolitik zu treiben, anstatt das große Ziel zu verfolgen, anstatt den wahren, den einzigen Kampf auszufechten.

Vor einer Woche haben wir die französischen Genossen ein wohltuendes, rettendes Beispiel gegeben, als sie in endlosem Zuge vor dem Mur des Fédérés marschierten und Kränze an die Stelle niederlegten, wo Tausende von ihren Ahnen nach der Niederwerfung der Kommune durch die „Versaillais" erschossen wurden. An diesem Tage der pietätvollen Verehrung für die Märtyrer von 1871 hörte das Parteigezänk bei ihnen auf: Leser des „Populaire" und der „Humanité" marschierten neben Lesern der „France Libre" und der „Heure", Longuet neben Rozier, Renault neben Aubriot, Mistral neben Sembat. Gewiß, bei den französischen Sozialisten ist die formelle Parteispaltung nicht vollzogen, und hoffentlich wird sie sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten noch vermeiden lassen.

Bei uns aber ist der Bruderkampf im vollen Gange, und jeder schiebt dem anderen die Schuld am Unheil zu. Aber wie auch die Geschichte über die Ursachen dieser Zwietracht ihr Urteil fälle, sie wird niemals die Haltung derjenigen rechtfertigen, die in diesen verzweifelten Kampfwochen gegen den Geist von Versailles der deutschen Delegation in den Rücken fielen und die Weltreaktion der Bourgeoisie stärkten.

Das Rätesystem in der Verfassung.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung am Montag wurde die erste Lesung der Verfassung abgeschlossen. Nach dem eingehenden Referate des Abg. Sinsheimer über Wesen und Bedeutung des Rätesystems wurde nach längerer Debatte Artikel 57 der Grundrechte in folgender Fassung angenommen:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwickelung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter **und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und im Reichsarbeiterrat.** Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer oder sonst beteiligten Volkskreisen zu Bezirks-Wirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind zu einer Vertretung der wichtigsten Berufsgruppen entsprechend der volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung auszugestalten.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das **Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstage zu beantragen,** die von ihm wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die als Vertreter der Länder an den Verhandlungen teilnehmen können. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte, sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches."

Die einzelnen Abschnitte des Artikels wurden mit einer wechselnden Mehrheit angenommen. Der gesamte Artikel wurde in einer Schlußabstimmung mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Arbeiter, rettet das Vaterland!

Fritz Ebert, der Reichspräsident, war es, der diese Worte an die deutsche Arbeiterschaft richtete. Unten in der Pfalz, am Rhein und Main, wo klerikale und kapitalistische Kreise mit Unterstützung der feindlichen Besatzungstruppen eifrigst bemüht sind, sich aus dem deutschen Staatsverbande, in dem es ihnen ungemütlich wird, auszuschalten, sind es die Sozialdemokraten, die weder Kerker noch Gewaltmaßnahmen fürchtend, entschieden für die deutsche Republik eintreten. Die westdeutschen Arbeiter stehen in diesen Tagen treu zur Sache des Reiches, weil sie wissen, daß das, was sie verteidigen, ein Staat ist, der ihnen Rechte und Freiheiten gibt wie kein anderer in der Welt.

Möge der Osten von ähnlichen kritischen Situationen verschont bleiben. Doch sollte es erforderlich sein, in der Notwehr zur Tat überzugehen, so muß auch hier die Arbeiterschaft die Führung an sich reißen, da unter dem Joch des polnischen Junkers alle Errungenschaften der Revolution in Scherben gehen.

Schau, Schau!

Die „Rheinische Zeitung", unser Kölner Parteiblatt", veröffentlicht einen längeren, aus Zentrumskreisen kommenden Bericht, der sich mit Ursprung und Verlauf der Sonderaktion zur Gründung einer rheinischen Republik befaßt und in dem der Verfasser erwähnt, daß in der verflossenen Woche, also vor der Mainzer Besprechung, **im Konferenzzimmer der „Kölnischen Volkszeitung" eine Sitzung abgehalten worden sei, an der außer Dr. Froberger und einigen anderen Herren ein Entente-Vertreter teilgenommen habe. Den Vorsitz in dieser sowie in einigen vorher abgehaltenen Versammlungen, die** zur Förderung des Gedankens einer rheinisch-westfälischen Republik einberufen waren, habe der Verleger der „Kölnischen Volkszeitung", Herr Bachem, geführt.

Die Abwehrstreiks.

Höchst a. M., 3. Juni. (W. T. B.) Heute früh ist die gesamte Bürgerschaft geschlossen in den Schutzstreik gegen den republikanischen Putschversuch eingetreten. Die Bewegung ging von der Arbeiterschaft der Farbwerke aus, die in gewaltigen Demonstrationszügen die Stadt durchzogen. Alle Betriebe waren im Augenblick geschlossen. Die französische Besatzung hielt sich in ihren Quartieren auf. Die Streikbewegung griff im Laufe des Vormittags auf den Nachbarort Ried und die Eisenbahnwerkstätte Ried über. Das Verhalten der deutschen Behörden gegen die Putschversuche der Franzosen war mannhaft und charaktervoll.

Ueber die Vorgänge in Mainz und Wiesbaden wird aus Frankfurt a. M. noch mitgeteilt: Der Proteststreik der Arbeiter und Bürger gegen die Ausrufung der rheinischen Republik ist ruhig und in Ordnung verlaufen. Die Franzosen sind enttäuscht, daß die versprochenen 80 Prozent Anhänger der rheinischen Republik nicht in Erscheinung getreten sind.

In Wiesbaden ist Herr v. Stein wieder freigelassen worden. Von den französischen Behörden wurde die sofortige Einstellung des Streiks gefordert, widrigenfalls die Lebensmittelversorgung eingestellt, die Verkehrserleichterungen aufgehoben und die öffentlichen Betriebe requiriert würden. Eine Verweigerung der Arbeit komme vor das Kriegsgericht. Die Arbeiterführer stellten folgende Bedingungen: Sofortige Verhaftung des Präsidenten Dorten wegen Hochverrats, eine Erklärung der Besatzungsbehörde, daß sie außerhalb der Bewegung stehe, und Genehmigung der Abhaltung öffentlicher politischer Versammlungen. Diese Forderungen wurden abgelehnt.

Köln, 4. Juni. Der „Köln. Ztg." wird aus Aachen gemeldet: Eine imponierende Kundgebung gegen die Sonderbündler und für die Einheit des deutschen Reichs veranstaltete heute ein großer Teil der dortigen Arbeiterschaft. In sämtlichen Großbetrieben, bei der Straßenbahn und den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken legten die Arbeiter um 11 Uhr die Arbeit nieder und begaben sich auf die Straße, wo sie sich zu einem gewaltigen Zuge vereinigten, der sich in mustergültiger Ruhe und Ordnung durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Vor zwei Blättern, die in leidenschaftlicher Weise für eine rheinische Republik kämpften, wurden Demonstrationen veranstaltet. Um ½6 Uhr endete der Zug in völliger Ordnung.

Massendemonstration in der Pfalz.

Mannheim, 3. Juni. (W. T. B.) Die „Badische Landeszeitung" berichtet: In allen größeren Städten der Pfalz fanden gestern nachmittag große Kundgebungen statt. Aus den Demonstrationszügen, an denen sich je nach der Größe der betr. Stadt Zehntausende von Personen, hauptsächlich Arbeiter, beteiligten, bekundeten die Teilnehmer in ruhiger Haltung ihr Deutschtum und protestierten gegen die Errichtung einer selbständigen pfälzischen Republik. Viele Betriebe waren geschlossen. Alles verlief in Ruhe und Ordnung. Heute wird überall wieder gearbeitet.

Ist Sembat blind?

Sembat fragt in „l'Heure", ob die Entente wirklich nicht die Hand im Spiel gehabt habe. Es wäre gar nicht überraschend, wenn die alliierten Heerführer unter der Hand die Ereignisse provoziert hätten. Sembat rät von jeder Einmischung ab.

So der Genosse Sembat. Er fragt, während es in Paris Clemenceaus Pressespatzen von allen Dächern pfeifen, was gespielt wird. Es hält schwer, nicht anzunehmen, daß Sembat nicht sehen will.

Minister gesucht.

Französische Offiziere verhandeln mit Pfälzern über die Uebernahme von Portefeuilles in der zu begründenden rheinischen Republik. Die französischen Kontrolloffiziere machen mit allen Mitteln Stimmung für die Lostrennung vom Reiche. Die französischen Besatzungstruppen mit all ihren technischen Hilfsmitteln sind vollständig in den Dienst der Lostrennungsbewegung gestellt worden. Der deutschen Presse sind Proteste gegen die Bewegung verboten worden. Der Brückenverkehr wird strenger als bisher überwacht, um zu verhindern, daß irgendwelche Nachrichten auf das rechtsrheinische Ufer gelangen.

Zusammenstoß in Biebrich.

Verschiedenen Blättern zufolge führte die aufgeregte Stimmung in Biebrich zu einem folgenschweren Zusammenstoß. Ein französischer Offizier mißhandelte einen Straßenbahnführer, der auf sein Geheiß nicht halten wollte, mit der Reitpeitsche. Der Führer versetzte dem Offizier mit der Fahrkurbel einen so heftigen Schlag auf den Schädel, daß der Offizier sofort tot zusammenbrach. Dem Mann, den infolge der drohenden Haltung des Publikums die französischen Soldaten nicht auf der Stelle zu verhaften wagten, gelang es, das unbesetzte Gebiet zu erreichen.

Proteste und Aufrufe.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat gegen die treibende Rolle der Besatzungstruppen bei Ausrufung der Rheinrepublik protestiert. Sie erwartet, daß die alliierten Regierungen Anordnungen treffen, um die Durchführung der erforderlichen Hochverratsverfahren, vor allem gegen den Berliner Staatsanwalt Dr. Dorten, den deutschen Justizbehörden zu ermöglichen. Weiter hat die hessische Regierung gegen die Loslösungsbestrebungen protestiert. Der frühere Oberpräsident der Rheinlande, Rheinbaben, fordert die Rheinländer auf, für das Deutschtum einzutreten.

Der hessische Ministerpräsident Ulrich hat namens der hessischen Regierung bei General Mangin gegen die Proklamierung der Rheinrepublik sowie gegen die Verhaftung des Kammerpräsidenten Genossen Adelung und anderer politischer Führer protestiert.

Minister Heine.

Der Rechtsanwalt Genosse Wolfgang Heine ist bekanntlich seit einiger Zeit preußischer Minister des Innern. Von der revolutionierenden Tätigkeit des Leiters des Ressorts, das Heine inne hat, erwartet das preußische Volk sehr viel, und doch geht hier alles einen erstaunlich schleppenden Gang. Die Herren Landräte, die dem Minister des Innern den es mit ihrer Selbstherrlichkeit fast noch toller als unter dem alten Regime. Unsere Genossen, die als Vorsteher, Amtsvertreter oder auch als Gemeindevertreter mit König Landrat zu tun bekommen, wissen davon ein Liedchen zu singen. Hier hätte scharf und schnell zugegriffen werden müssen. Es hätten überall warnende Exempel statuiert werden müssen, um die widersetzlichen Elemente zur Räson zu bringen. Unendlich viel ist hier geschädigt worden und manches läßt sich kaum noch unterstellt sind, spotten der Revolution und treiben wieder gutmachen. Die Regierung braucht das Vertrauen der Massen, welches sie sich aber selber verscherzt, wenn sie nicht sehr bald in beschleunigter Weise das große Revolutionswerk vorwärtsbringt. Schon beschäftigt sich die Oeffentlichkeit lebhaft mit dem Minister Heine, dem verantwortlichen Leiter des Ministeriums des Innern. Von Heine befreundeter Seite ist geschrieben worden, daß die Neubesetzung mancher Stellen in solch langsamem Tempo sich vollziehe, liege begründet im großen Verantwortungsgefühl Heines, der gewissenhaft prüfe, ob auch der richtige Mann an die richtige Stelle komme.

Von anderer Seite wird jedoch gesagt, wir kämen in Preußen deswegen so langsam voran, weil der verantwortliche Minister zu viel belastet sei mit anderer Arbeit und anderen Aemtern. Denn Heine sei nicht nur Minister in Preußen, sondern auch Präsident des Anhaltischen Staates; ferner sei er nach wie vor Rechtsanwalt. Und nun kommt noch ein recht bedenklicher Vorwurf obendrein: Als Rechtsanwalt führe er einen Prozeß des entthronten Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin gegen den Freistaat. Ausübender Rechtsanwalt, Minister in Preußen, Präsident von Anhalt: das ist mehr als der stärkste Mann leisten kann. Mögen unter den früheren Ministern und Staatsmännern auch viele Tagediebe gewesen sein, was Heine sich zumutet, geht über seine Kraft. Gerade in dem Ressort, das er als preußischer Minister zu leiten hat, ist eine Riesenarbeit zu vollbringen, die einen Mann allein schon zu erdrücken vermöchte.

Nun wird zu seiner Entschuldigung mitgeteilt, daß ihm die Leitung des Ministeriums des Innern förmlich aufgedrängt worden sei; er habe erklärt, daß er unter allen Umständen Rechtsanwalt bleiben wolle und er habe auch auf die Verpflichtung hingewiesen, die er den Genossen in Anhalt gegenüber eingegangen sei: an der Leitung ihrer Staatsgeschäfte bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung mitzuwirken. Trotzdem habe die sozialdemokratische Fraktion darauf bestanden, daß er das Ministerium des Innern übernehme und Heine habe sich schließlich unter heftigem Widerstreben gefügt.

Was schließlich den Prozeß des Großherzogs anbelangt, so wird bestritten, daß ein solcher Prozeß überhaupt existiert. Der abgesetzte Großherzog habe allerdings sich an Heine gewandt, um ihn bei seiner Auseinandersetzung mit dem mecklenburgischen Staat zu vertreten. diese Auseinandersetzung solle jedoch erfolgen ohne jeden Prozeß. Genosse Heine ist durch diese Mitteilungen allerdings erheblich entlastet; die Fraktion hätte ihm das Amt des Ministers nicht zumuten dürfen.

Das Uebel ist bloßgelegt und es ist Sache der Fraktion, schleunigst Abhilfe zu schaffen. Fehler, die ihr zur Last fallen, wiedergutzumachen. Sie soll doch nicht vergessen: es ist Revolution! Wir müssen voran, schnell voran! Zum Teufel mit Reförmchen im Schneckentempo! Es ist wohl nötig, daß der Parteitag zu diesen Dingen ein sehr ernstes Wort redet.

Und nun noch ein Wort über Heine als Bevollmächtigten des Großherzogs. Er führt also nicht seinen Prozeß, es handelt sich gar nicht um einen Prozeß. Gut! Aber ein peinlicher Rest bleibt doch zu fragen übrig. Heine, der Revolutionsmann (oder nicht?), Minister einer Republik als Bevollmächtigter eines entthronten Großherzogs gegen eine Republik — nein, nein, solche Geschäfte darf ein Sozialdemokrat nicht machen!

Schon zieht ein Berliner Montagsblatt die Geschichte des ehemaligen Ministers [illegible] zum Vergleich heran. Etwas Stimmungsmache liegt solchen Vergleichen ja immer zugrunde. Aber darum können wir keine Konzessionen machen; wir brauchen unter allen Umständen reinliche Verhältnisse und erwarten auch von parteigenössischen Rechtsanwälten, daß, wenn wir hinsichtlich ihrer Geschäfte ihnen auch keine Vorschriften machen können und wollen, sie es doch an dem erforderlichen Takt nicht fehlen lassen und Rücksicht nehmen auf die Partei, der sie angehören.

Die Demokratisierung der Betriebe.

Der Rätegedanke, nicht als klassendiktatorisches Macht- und Zwangsmittel, sondern als staats- und verfassungsrechtlich verankerter Mitbestimmungsfaktor, soll in der deutschen Republik in Wirklichkeit umgesetzt werden. Daß sich alle einsichtigen Elemente unseres Volkes, die den sozialistischen Sinn der Revolution und des neuen Deutschlands nicht aufgeben wollen, zu dieser Anwendung bekennen, oder sich dahin bekehrt haben, daran trägt die Schuld die Mattigkeit der deutschen Nationalversammlung in sozialistischer Richtung. In dem kurzen Sozialisierungsgesetzentwurf vom März d. J. heißt es, daß „jeder Deutsche seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen hat, wie das Wohl der Gesamtheit es von ihm erfordert". Es heißt im § 2 weiter: „Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, sind in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen." Mit diesen programmatischen Sätzen ist neben dem Sozialisierungswillen vor allem die Hauptgrundlage der sozialistischen Republik aufgezeigt: die Arbeit. Die Arbeiter jeder Art und die Arbeit sind es, auf die sich das Neue aufbaut, die dem neuen Volksstaat sein Gepräge und seine innere Seele geben sollen. Die politische Zentralgewalt der Republik, die Nationalversammlung, hat bisher die sozialistische Seite der Sache herzlich schlecht behandelt. Wir sind die Letzten, die die großen Schwierigkeiten einer allgemeinen Sozialisierung verkennen. Wir wissen, daß, solange die Welt um uns kapitalistisch ist, wir noch weite Strecken Wegs mit unserem Todfeind paktieren müssen. Aber dort, wo man dem Kapitalismus zu Leibe gehen kann, da soll man es ohne Zimperlichkeit tun, und soll den bürgerlichen Koalitionsbrüdern zum Trotz zum Angriff vorgehen. Daran hat's gefehlt. Das Entschädigungsgesetz für vergesellschaftete Industrien, die Scheu vor der Sozialisierung der großen Vermögen, durch die man oftmals sogar auch die Sozialisierung ganzer Betriebe erreichen könnte, das ungenügende Kohlengesetz und manches andere mehr, sind Beweise für Willensschwäche auch dort, wo man beim Besitz des nationalen Rohprodukts die Macht des auswärtigen Kapitals nicht zu fürchten braucht.

Das alles hat die Arbeitermassen dahin belehrt, daß von der Nationalversammlung die Arbeit der Sozialisierung nur stockend und zögernd zu erwarten ist. Sie haben deshalb nach einem anderen Mittel gesucht, um mehr Aktivität in der Kernfrage der Revolution, der Sozialisierung, zu entwickeln. Die Arbeiterschaft ist zu dem Entschluß gekommen, die Sozialisierung genau so von unten herauf zu erzwingen, wie sie die politische Macht von unten herauf erobert hat. Sie beansprucht die restlose Anwendung des demokratischen Mitbestimmungsrechts auch in dieser elementarsten Frage. Weil sich auf die Arbeit und die Arbeiter das neue Gebäude der Republik aufbaut, weil diese arbeitenden Schichten die Mehrheit sind und nach unserem Staatsprinzip auch sein müssen, sollen sie von diesem ihrem natürlichen Mehrheits-, also demokratischen Recht Gebrauch machen und ihren Willen und ihre Aktivität in die Waagschale werfen. Da von „oben", also von der neuen eingesetzten Staatsverwaltung, die sozialistische Organisation der Industrie so mangelhaft vorwärtsgetrieben wird, wollen die Arbeiter, dank ihres Mehrheitsrechts, nachhelfen und die sozialistische Organisierung eben auf demokratischem Wege von „unten" auf erzwingen. Sie begeistern sich deshalb nicht für das Experiment der Diktatur: „Alle Macht den Arbeiterräten", sondern sie haben sich nach dem zweiten Rätekongreß auf der Linie einer Kammer der Arbeit gefunden, die konsequenterweise zu einem gleichberechtigten, sie ergänzenden Faktor der politischen Kammer werden muß. Wir müssen uns mit dieser Entwicklung als einer historischen Gesetzmäßigkeit abfinden, weil die Arbeit eben in der zukünftigen Gesellschaft das Wesen aller Dinge sein wird. Gerade die ehrliche Durchführung der Demokratie muß zu einer solchen Konstellation der entscheidenden Machtfaktoren führen, und der ehrliche Demokrat muß diese Entwicklung als die natürliche begreifen und anerkennen.

Die Zelle in diesem organischen Aufbau von unten herauf sind die Betriebsräte. Hat man nun erwartet, daß in dem von der sozialistisch-demokratischen Regierung angekündigten Gesetzentwurf über die Betriebsräte diesem eben geschilderten historischen Gesetz Rechnung getragen wird, so beweist der dieser Tage herausgegebene Auszug fast das Gegenteil davon. Nach diesem Auszug sind die Aufgaben der Betriebsräte folgende:

„Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes und Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke; insbesondere Ueberwachung der gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften. Durchführung der maßgebenden Tarifverträge, Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse. Regelung des Erholungsurlaubs, des Lehrlingswesens, ferner Vereinbarung der Arbeitsordnung mit dem Arbeitgeber, Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer, Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeber, in den Fällen beabsichtigter Arbeitseinstellung Herbeiführung einer ordnungsmäßigen und geheimen Abstimmung. Mitwirkung an der Verwaltung der Betriebswohlfahrtseinrichtungen, Unterstützung des Arbeitgebers bei der Betriebsleitung durch Rat und durch Sorge für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Betriebsausschuß über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Vorgänge vertraulich Aufschluß zu geben, soweit dadurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen."

In erster Linie sind es also rein soziale Aufgaben, die aus dem Arbeitsvertrag entspringen, die den Betriebsräten zugewiesen sind. Im übrigen ist der privatkapitalistische Zustand als der gegebene angenommen, und wo die wirtschaftliche Hauptsache, die Sozialisierung, in Frage kommt, wird mit grundsätzlicher Klarheit gar nichts gesagt oder dem Betriebsrat Funktionen überwiesen, deren Wertbestimmung ganz und gar dem Ermessen des Unternehmers überlassen ist. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, dem Arbeitgeber durch Rat und durch Sorge für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen beizustehen. Man kann selbstverständlich darin das Bestreben erblicken, den „hohen Stand der Arbeitsleistungen" zum Zwecke des Gemeinschaftswohles zu erreichen. Aber um ein solches Ziel restlos und ganz sicher zu erreichen, wäre es auch nötig, daß die Betriebsräte in Verbindung mit den Angestelltenräten nicht nur die negativen Rechte des „Raterteilens" und des „Sorgetragens" besitzen, sondern auch das positive Recht der kaufmännischen Mitbestimmung und Kalkulation erhalten müssen. Bei dem vorgeschlagenen Entwurf wird dem Absolutismus des Unternehmers nicht allzuviel Abbruch getan. Es gilt aber doch, durch gesetzliche Verankerung der Betriebsräte die wirkliche Demokratisierung der Betriebe zu erreichen und keine bloße Scheindemokratisierung einzurichten. Wie soll zum Beispiel ohne Mitentscheidungsrecht bei Kalkulationen die Frage der Intensität der Arbeit gelöst oder, wie es in dem Entwurf heißt, ein hoher Stand der Arbeitsleistung erzielt werden? Bei unserem ungeheuerlichen Bedürfnis nach Arbeitswerten werden auch die Frage der Akkordarbeit und ähnlich wie in Rußland noch andere Dinge eine starke Rolle spielen. Hier genügt nicht der unverbindliche Rat. Wo die moralische Verpflichtung für Mehrleistung dem Betriebsrat auferlegt wird, muß er auch das positive Recht der Mitbestimmung in Kalkulations-, Preis- und Bilanzfragen haben, um unter Umständen auch die Verantwortung über Einführung von Akkordarbeit oder des Taylorsystems seinen Arbeitsgenossen gegenüber tragen zu können. Zur Demokratisierung der Betriebe durch die Betriebsräte gehört auch die Möglichkeit, daß hervorragende Praktiker unter den Arbeitern genau so zur Leitung am Betriebe beteiligt werden können, wie der Techniker. Es fällt den Arbeitern nicht ein, die Betriebsdiktatur zu verlangen, sondern die Demokratie. Und gerade die hat zum Grundsatz das Recht der Mitarbeit „derer von unten" nach Maßgabe ihrer Tüchtigkeit. Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß bei dem ernsthaften Willen zur Sozialisierung der Industrie, mit der Demokratisierung der Betriebe nicht nur in reinen Wohlfahrtsfragen, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen begonnen werden muß. Aus der Zelle der Betriebsräte entwickelt sich dann der ganze Aufbau der Organisierung der Industriegruppen bis zur Vergesellschaftung ganzer Industrien überhaupt. Nur so ist organisch die breiteste Mitarbeit und Mitverantwortung der Arbeiter zum Segen ihres Staatsideals, das doch ein Segen für die Gesamtheit werden soll, heranzuziehen.

Ansteckung durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.) verhütet man durch täglichen Gebrauch von Chlorodont.
Herrlich erfrischende Zahnpaste zur Erlangung blendend weißer Zähne und Beseitigung von Zahnstein. Überall zu haben.

Germinal.

Roman von Emile Zola.

38 (Fortsetzung.)

Seit den Hennebeaus waren, seitdem sie in Montsou wohnten, die Gereiztheit und die Langeweile der ersten Zeit ihrer Ehe wiedergekehrt. Anfänglich schien sie beruhigt durch diese tiefe Stille, durch die Einsamkeit der endlosen Ebene. Sie begrub sich da, als eine Frau, die mit dem Leben abgeschlossen [illegible] Dann aber [illegible] ein letztes Fieber [illegible] Sie [illegible] das kleine Haus [illegible] mit Teppichen, Möbeln und einem Luxus [illegible] [illegible] Die Gärten und Plätzen [illegible]

[illegible]

Möglichkeit der Heilung, verborgen unter der [illegible] seiner Haltung das Leiden einer [illegible] [illegible] Madame Hennebeau [illegible] In jener Zeit kam Paul Négrel nach Montsou, [illegible] [illegible] Herr Hennebeau [illegible]

[illegible]

jungen Mannes verkommen. Dann begeisterte sie sich für den Plan, ihn zu verheiraten; sie träumte davon, ihn zu retten, ihn einer reichen Erbin in die Arme zu legen. Ihre Beziehungen dauerten fort; er war ihr ein Spielzeug zur Erholung, ein Gegenstand der letzten Zärtlichkeit einer müßigen und fertigen Frau.

So waren zwei Jahre verflossen. In einer Nacht hatte Herr Hennebeau einen Verdacht, als er nackte Füße vor seiner Tür vorbeihuschen zu hören glaubte. Doch er lehnte sich gegen den Gedanken an dieses Abenteuer auf, hier in seinem Hause, zwischen dieser Mutter und diesem Neffen! Ueberdies erzählte ihm am nächsten Morgen seine Frau, daß sie Cécile Grégoire für ihren Neffen erkoren hatte. Sie widmete sich diesem Heiratsplane mit einem solchen Eifer, daß er über seine ungeheuerliche Einbildungskraft errötete. Er war dem jungen Manne nur dankbar dafür, daß das Haus weniger trübselig war, seitdem er in dasselbe eingezogen.

Aus dem Toilettezimmer seiner Frau kommend begegnete Herr Hennebeau auf dem Flur seinem Neffen, der eben zurückkehrte. Paul schien die Streikgeschichte lustig zu finden.

„Nun?" fragte der Oheim.

„Nun, ich habe eine Rundfahrt durch die Dörfer gemacht. Die Leute scheinen ganz vernünftig zu sein. Aber ich glaube, sie werden Abgesandte zu dir schicken."

Doch in diesem Augenblicke rief die Stimme der Frau Hennebeau aus dem ersten Stock.

„Bist du es, Paul? Komm doch herauf, mir Nachricht geben. Ist es nicht drollig, daß diese Leute, die so glücklich sind, die Bösartigen herauskehren?"

Und der Direktor mußte darauf verzichten, mehr zu erfahren, da seine Frau seinen Boten in Beschlag nahm. Er kehrte sich wieder an sein Schreibpult, auf welchem sich ein neues Häuflein Depeschen angesammelt hatte.

Als um elf Uhr die Grégoire ankamen, waren sie erstaunt darüber, daß der Kammerdiener Hippolyte, der als Schildwache aufgestellt war, sie beinahe ins Haus hineinschob, nachdem er unruhige Blicke nach beiden Enden der Straße geworfen hatte. Die Vorhänge des Salons waren geschlossen und man führte sie geradeaus in das Arbeitskabinett, wo Herr Hennebeau sich entschuldigte, weil er sie so empfing. Die Fenster des Salons gehen auf die Straße, fügte er hinzu und es sei unnötig, den Schein auf sich zu laden, als würde man die Leute herausfordern.

„Wie, Sie wissen nichts?" fuhr er fort, als er ihre Ueberraschung sah.

Als Herr Grégoire erfuhr, daß der Streik endlich ausgebrochen sei, zuckte er mit seiner ruhigen Miene die Achseln. Es wird nichts sein, meinte er; die Bevölkerung sei sehr rechtschaffen. Frau Grégoire bekräftigte mit einem Nicken ihres Kinns sein Vertrauen in die hundertjährige Ergebung der Kohlengräber; während Cécile, an diesem Tage sehr wohlgemut, in Kapuzinerfarbe prangend, in ihrer Toilette von Kapuzinertuch, bei dem Worte „Streik" lächelte, weil es sie an die Verteilung von Almosen in den Arbeiterdörfern erinnerte.

Doch jetzt erschien Frau Hennebeau, gefolgt von Négrel; sie war ganz in schwarze Seide gekleidet.

„Ist das nicht ärgerlich?" rief sie schon an der Türe. „Als ob diese Leute nicht hätten warten können! . . . Ich will Ihnen nur gleich sagen, daß Paul sich weigert, uns nach der Thomas-Grube zu begleiten."

„Wir werden hier bleiben," sagte Herr Grégoire in verbindlichem Tone. „Dies wird uns nur ein Vergnügen sein."

Paul hatte sich begnügt, Cécile und ihre Mutter zu grüßen. Unmutig wegen dieses geringen Eifers lenkte ihn die Tante mit einem Blicke zu dem jungen Mädchen; und als sie die beiden zusammen lachen hörte, hüllte sie sie in einen mütterlichen Blick ein.

Inzwischen las Herr Hennebeau die Depeschen zu Ende und setzte einige Antworten auf. Die Gesellschaft plauderte in seiner Nähe; seine Frau erklärte, daß sie sich mit diesem Arbeitskabinett nicht beschäftigt habe; dasselbe habe seine verblaßte, rote Papier-Tapete, seine schwerfälligen Akajou-Möbel, seinen alten Aktenschrein behalten. So verflossen drei Viertelstunden und man war im Begriff zu Tische zu gehen, als der Kammerdiener Herrn Deneulin meldete. Dieser trat mit aufgeregter Miene ein und verneigte sich vor Madame Hennebeau.

(Fortsetzung folgt.)

Politisches.

Noske an die Freiwilligen.

Reichswehrminister Noske erließ im Auftrage der Reichsregierung an die Freiwilligen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„In blutigen Straßenkämpfen haben die Freiwilligen, Führer wie Mannschaften, den offenen Aufruhr niedergezwungen, sich mit ihren Leibern schützend vor die Volksmasse in Nationalversammlung und Regierung gestellt. Ihre Leistungen werden voll anerkannt. Wegen ihrer Zukunft können die Freiwilligen so beruhigt sein, wie es in dem hartgeprüften Deutschland möglich ist. Das findet seinen Ausdruck dadurch, daß dieser Tage eine große Anzahl von Männern aus dem Mannschaftsstande zu Offizieren befördert wird. In den Betrieben des Reichs wird, falls eine Rechtung der Freiwilligen weiter versucht werden sollte, Platz freigehalten werden, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren. Ebenso werden bei der eingeleiteten großzügigen inneren Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe neben den Kriegsbeschädigten bei der Ansiedlung Berücksichtigung finden.

*

Die polnischen Kriegsvorbereitungen an der oberschlesischen Grenze nehmen ihren Fortgang. Jeglicher Grenzverkehr ist gesperrt. Die Bahnübergänge sind aufgerissen. Jenseits der Grenze werden Schützengräben aufgeworfen, Maschinengewehre sind eingebaut. Bei der Hallerschen Armee sind bei Sosnovice Neger in kanadischer Uniform festgestellt. Die Grenzzwischenfälle mehren sich täglich.

Die Reichsfarben. Wie die „Voss. Ztg." hört, könne es als sicher gelten, daß die Farben schwarz-rot-gold mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und eines Teiles vom Zentrum angenommen würden. Andere Blätter bezeichnen dies als weniger sicher.

Zum Leichenfund. Ob die im Tiergarten gelandete und dann nach dem Garnisonlazarett in Wünsdorff übergeführte Frauenleiche wirklich jene der Frau Rosa Luxemburg ist, bleibt auch nach der gestrigen Obduktion noch zweifelhaft. Es muß noch eine Reihe von Zeugen vernommen werden, die Frau Luxemburg zuletzt gesehen haben.

Parteinachrichten.

Die U. S. P. D. und die Einigung.

In den Versuchen, die Einigung der sozialistischen Parteien auf einem Einigungskongreß zustande zu bringen, schreibt der Vorstand der U. S. P. D. in der „Freiheit" u. a.:

Auf dem Wege, den die Zentrale für Einigung einschlägt, kann das Ziel nicht erreicht werden .... Ueber die Einigung ist in der Tat genug geredet. Es gilt zu handeln. **Tretet ein in die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.** Dann ist die Macht des Proletariats so groß, daß es alle reaktionären Gewalten überwinden wird.

Das alte Lied. Nicht durch Verständigung, nicht durch gegenseitiges Entgegenkommen, sondern durch unerbittlichen Kampf gegen unsere Partei, durch Uebertritt unserer Genossen zur U. S. P. D. soll die „Einigung" zustande kommen, sollen alle „reaktionären Gewalten", wozu natürlich auch wir gehören, „überwunden" werden. Ob die Genossen, die immer noch glaubten, unsere Führer ständen der Einigung im Wege, nun endlich einsehen werden, daß gerade die Führer der U. S. P. D. das einzige und wirkliche Hindernis bilden? Die Arbeitermassen — das geben wir zu — erstreben sehnsüchtig die Einigung. Solange aber die Mitglieder in der U. S. P. D. hinter ihren Führern stehen und deren arbeiterzersplitternde Taktik und Politik offen oder schweigend billigen, kann es für unsere Genossen keine andere Losung geben, als ebenfalls fest und treu zu unseren Führern zu stehen, nicht mit der U. S. P. D. zu liebäugeln, sondern alle Kraft für die Stärkung unserer Partei einzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnregelung der Werftarbeiter.

Die zweitägigen Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium zu Berlin zwischen den Vertretern der Seeschiffswerften und Vertretern der Werftarbeiterschaft über eine von den Werftarbeitern geforderte einheitliche Lohnerhöhung (3 Mk. pro Stunde für alle gelernten Arbeiter an allen Werftorten) gepflogen worden sind, haben auf Seite der Arbeitgeber den Vorschlag gezeitigt, der Arbeiterschaft im Wege der Wiedereinführung des nach der Revolution abgeschafften Stücklohnsystems eine Möglichkeit der Verbesserung ihres Verdienstes zu gewähren und gleichzeitig die zurückgegangene Arbeitsleistung wieder zu heben.

Die Vertreter der Werftarbeiter haben diesen Vorschlag abgelehnt und gefordert, daß eine Erhöhung der gegenwärtigen Stundenlöhne jeder Erörterung des Lohnsystems voranzugehen habe.

Die Arbeitgeber machten demgegenüber geltend, daß die finanzielle Lage der Werften eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne nicht gestatte und daß auch die Finanzlage des Reiches ihrer Auffassung nach die Uebernahme einer solchen Lohnerhöhung in Gestalt von reichsseitig zu gewährenden Uebertеuerungszuschlägen an die Auftraggeber der Werften ausschließen dürfte. Diese Auffassung wurde von dem Vertreter des Reichs-Finanzministeriums bestätigt.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mußte demnach als Ergebnis der Verhandlungen mit Bedauern feststellen, daß durch die Ablehnung des von den Arbeitgebern gemachten Vorschlages seitens der Arbeitnehmer die Verständigung über die Forderungen der Arbeitnehmer gescheitert sei.

Beide Parteien waren sich im übrigen darin einig, daß die wirksamste Abhilfe für die bestehende Notlage durch eine kräftige Aktion der Reichsregierung zur Verbilligung der notwendigen Lebensbedürfnisse geschaffen würde. Die Vertreter der Arbeitnehmer glaubten jedoch eine gemeinsame Vorstellung bei den zuständigen Regierungsstellen in diesem Sinne ablehnen zu sollen.

Soziales.

Der Kampf um den Krankenschein.

Eine für die Krankenkassenversicherten grundsätzliche Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt gefällt. Danach darf eine Krankenkasse die Auszahlung des Krankengeldes nicht deshalb verweigern, weil der Versicherte entgegen der Satzung der Kasse den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit nicht durch Einlieferung eines von einem Kassenarzt ausgestellten Krankenscheines erbracht hat. Im vorliegenden Falle hatte der Kläger sich wegen einer [illegible] heilkundigen behandeln lassen. Die Krankenkasse verweigerte die Zahlung des beantragten Krankengeldes, weil der Kläger den Nachweis seiner Arbeitsunfähigkeit nicht in der durch die Kassensatzung vorgeschriebenen Form, nämlich „durch Einlieferung eines von einem Kassenarzt ausgestellten Krankenscheins" erbracht hatte. Das Reichsversicherungsamt hat in dieser bisher noch nicht entschiedenen grundsätzlichen Rechtsfrage die Krankenkasse zur Zahlung des Krankengeldes verurteilt, weil nach der Reichsversicherungsordnung **alle Beweismittel** zulässig sind, die zu der Feststellung der Arbeitsunfähigkeit dienen können. Wenn die Kasse ihre Satzungsbestimmung so auslegt, daß die Arbeitsunfähigkeit allgemein nur durch einen von einem Kassenarzt ausgestellten Krankenschein nachgewiesen werden dürfe, so bedeutet das eine **unzulässige Beschränkung** des Grundsatzes der freien Beweisführung.

Aus aller Welt.

Der Protest der Hebamme.

Wir lesen im Bamberger „Freistaat": Während der Revolutionstage war es in München zur Regel geworden, daß redegewandte Leute am Stachus Ansprachen an das stets neugierige Volk hielten. Manchmal fanden vorher **vereinbarte Wortgefechte** statt zwischen einem „radikalen Weltrevolutionär" und einem „indifferenten Passanten" oder einem „Mehrheitssozialisten". Die Komödie endete stets mit dem Ergebnis, daß der „Radikale" nicht nur recht behielt, sondern daß der **Gegner** vor allem Volke zugab, **bekehrt** zu sein, und **Kommunist zu werden** versprach. Die Zuhörer — so kalkulierten die Veranstalter solcher öffentlichen Auseinandersetzungen — werden die „notwendige" Lehre ziehen und sich ebenfalls dem Kommunismus anschließen. Die „Redner" wurden für ihr Wirken von den Machthabern fürstlich honoriert. Einmal donnerte so ein kundiger Thebaner mit voller Lungenkraft **gegen den Kindersegen.** Warum denn Kapitalismus und Militarismus Sklaven und Kanonenfutter liefern? Der **Geburten-Generalstreik** bei der Mutter, der die arbeitende Menschheit von Qual und Not und von der kostspieligen Kindererziehung befreie usw. **Ein altes, graues Mütterlein** hörte der Rede zu und erhob dann heftigen **Protest** gegen diese gotteslästerliche Schwätzerei. Passanten meinten beschwichtigend: „Aber regen doch **Sie** sich nicht auf, für Sie kommt der Geburtenstreik doch nicht mehr in Betracht!" — „Gerade für mich", versicherte die Frau, „ist die Sache von Bedeutung: bin ich doch — **Hebamme!**" — Sie hatte die Lacher auf ihrer Seite.

Aus den Ostprovinzen.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen.

Der Vertretertag am Pfingstdienstag, den 10. Juni, soll zu einer mächtigen Kundgebung der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs werden. Schickt nicht nur Eure Vertreter nach Berlin, sondern wohnt selbst möglichst zahlreich den Verhandlungen bei. Treffpunkt: Montag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Ebenholzsaal des Restaurants „Rheingold", Bellevuestraße (Potsdamer Platz). Verhandlungsbeginn: Dienstag, den 10. Juni, vormittag 9½ Uhr, im orientalischen Seminar, Dorotheenstraße 6. — Freies Nachtquartier bei Genossen unseres Vereins. Auskunft erteilt Genosse Grumann, Berlin NW. 5, Birkenstraße 10, 2 Treppen.

Ohra. Dem Arbeiterrat gelang es, zwei Besitzern aus dem Kreise Karthaus 52 Pfd. **Butter und Fleisch im Gewichte von 157 Pfd.** abzunehmen. Sämtliche Waren sollten nach Danzig in die Hotels gebracht werden; auch wurden Kartoffeln beschlagnahmt. Die Waren sind den zuständigen Verteilungsstellen überwiesen.

Oliva. In der **katholischen Kirche** in Oliva wurde ein Einbruch verübt und Wertsachen gestohlen, wie zwei Kelche und eine silberne Büchse. Die Einbrecher selber hat man noch nicht nachweisbar erfaßt, wohl aber Hehler. Vor der Strafkammer hatten sich der Arbeiter Albert Makowski in Danzig, der Klempner Robert Benthur in Danzig, der Stellmacher Franz Rudnitzki in Danzig, der Arbeiter Paul Albetzki in Oliva und der Arbeiter Bruno Sliwinski in Danzig zu verantworten. Makowski und Albetzki wollen diese Wertsachen von einem Unbekannten gekauft haben und verkauften sie weiter. Ein silberner und vergoldeter Kelch ist zerbrochen worden und die Stücke wurden verhandelt. Rudnitzki kaufte für 60 Mark und wollte im Weiterverkauf 3000 Mark haben. Das Gericht verurteilte Makowski zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Benthur und Rudnitzki zu je 9 Monaten Gefängnis, Albetzki zu einem Jahr Gefängnis, Sliwinski zu 3 Monaten Gefängnis.

Gutthof. Die Pferde des Mühlenbesitzers Jochim, die ohne Bewachung standen und nicht festgelegt waren, wurden am 31. Mai scheu. Der Maurer Adolf Schöler wurde überfahren und erlitt dermaßen schwere Verletzungen, daß er am 2. Juni, 4½ Uhr früh ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, einen qualvollen Tod starb. Eine Familie ist durch Fahrlässigkeit anderer ihres Ernährers beraubt. Die Polizei müßte etwas mehr ihr Augenmerk auf ohne Bewachung stehende Fuhrwerke richten, damit dergleichen Fälle vorgebeugt würde.

Lokales.

Der Danziger Vorortverkehr.

Vom 1. Juni an ist eine Erweiterung im Vorortverkehr eingetreten. Da einzelne der Züge Sonntags nicht fahren, so bringen wir nachstehend noch einmal den genauen Vorortfahrplan zum Abdruck.

Die mit einem „W" bezeichneten Züge fahren nur wochentags. Ein „T" vor den Abfahrtzeiten bedeutet Triebwagen. Unseren Lesern stellen wir anheim, sich diesen Abdruck auszuschneiden.

Danzig—Zoppot.

Ab Danzig: [illegible], W [illegible], [illegible], W [illegible], W [illegible], [illegible], [illegible], 10^{25} (1. 7.—31. 8.), 10^{54}, 11^{55} (1. 7.—31. 8.), W 12^{15}, 1^{00}, 1^{20}, 1^{50}, [illegible], [illegible], [illegible], [illegible], [illegible], 4^{25}, W 5^{08}, 5^{30}, 6^{01}, [illegible], 7^{05}, 7^{35}, [illegible], [illegible], [illegible], [illegible], 10^{22}, 12^{25}, 1^{22}.

Ab Zoppot: T 4^{12}, W 4^{55}, W 5^{32}, W 6^{05}, 6^{50}, 7^{15}, [illegible], [illegible], [illegible], [illegible], 10^{45} (1. 7.—31. 8.), 12^{05} (1. 7.—31. 8.), W 12^{28}, 1^{25}, 2^{09}, 2^{15}, [illegible], [illegible], [illegible], [illegible], 4^{15}, [illegible], 5^{00}, W [illegible], [illegible], [illegible], 6^{33}, 7^{22}, 8^{05}, [illegible], [illegible], [illegible], 10^{22}, 11^{22}.

Danzig—Neufahrwasser.

Ab Danzig: W 5^{20}, W [illegible], W 6^{38}, [illegible], W 6^{58}, W 12^{15}, 1^{20}, T W 1^{52}, 2^{33}, [illegible], 4^{30}, 5^{30}, [illegible], [illegible], [illegible], 10^{40}, W 11^{12}, T 1^{22}.

Ab Neufahrwasser: T [illegible], W [illegible], W 6^{20}, W 6^{84}, W [illegible], [illegible], W [illegible], W [illegible], [illegible], T W [illegible], 8^{01}, [illegible], [illegible], [illegible]

Danzig—Praust.

Ab Danzig: [illegible], W [illegible], [illegible], [illegible], 7^{55}, T 10^{07}, 11^{05}, 12^{15}, 1^{25}, 1^{45}, 2^{55}, T W 2^{55}, W 5^{34}, T W 6^{12}, T 8^{11}, 9^{20}, T W 10^{52}.

Ab Praust: 4^{28}, W 5^{12}, [illegible], 8^{58}, 9^{46}, 10^{20}, 12^{48}, 1^{51}, 3^{10}, T W 3^{54}, T W 3^{48}, W 6^{28}, T W 7^{15}, T 9^{28}, T 11^{21}, 12^{51}.

Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten und der deutsche Technikerverband haben sich am vorletzten Sonntag in Berlin vereinigt und die Vereinigung führt den Namen Bund der technischen Angestellten und Beamten. Der Steigerverband und der Bund technischer Angestellter hatte sich bereits vorher mit dem Bund der techn.-ind. Beamten vereinigt. Auch in Danzig war dieser Zusammenschluß schon seit längerer Zeit vorbereitet und beschlossen. Die formalen Vereinigungssitzungen in Danzig finden jetzt statt. Nach der Satzung ist der Zweck des Bundes die Wahrung und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der technischen Privatangestellten und der öffentlichen technischen Beamten. Der Bund steht auf gewerkschaftlichem Boden. Er erstrebt gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse, Vermittelung bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber. Als letztes Mittel dient der Streik. Auf die Gesetzgebung und das technische Bildungswesen soll eingewirkt werden, die Oeffentlichkeit soll über den Wert der technischen Arbeit aufgeklärt werden. Unterstützungskassen, Stellenvermittelung usw. sind vorgesehen. Parteipolitische und religiöse Bestrebungen sind ausgeschlossen.

---

1. Bezirk des sozialdemokratischen Vereins, heute abend 6½ Uhr im Kaiserhof, Heilige Geistgasse, Bezirksversammlung. Vollzählige Beteiligung der Mitglieder ist dringend notwendig.

Frauen-Versammlung. Morgen, Donnerstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, im Singsaal der Petrischule am Hansaplatz, Vortragsabend mit anschließender Aussprache. Wir laden alle weiblichen Mitglieder zu diesem Frauenabend dringend ein. Die Parteigenossen ersuchen wir, die Frauen und Töchter zum Besuch der Frauenabende zu veranlassen.

Im 3. Bezirk sprach gestern Gen. **Spill** vor einer stark interessierten Versammlung über „Innere und äußere Politik". In fesselnder Weise wußte der Redner die Streifbilder nebeneinander zu stellen und übte scharfe Kritik an Vorgänge früherer und jetziger Zeit, dabei betonend, daß wir nicht zu verzweifeln brauchen und der Sieg doch unser werden muß, wenn es uns gelingt, die Geschlossenheit der Arbeiter wiederherzustellen. An der Aussprache beteiligten sich in hervorragender Weise die Gen. **Berger** und **Pioch**. Vors. **Plinski** machte noch auf kommende Ereignisse aufmerksam und forderte zu energischer Mitarbeit auf.

Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe! In der Nr. 126 des Danziger Intelligenz-Blattes, dieses völlig unbekannten Blättchens, ist jetzt das Verbot endlich veröffentlicht. Verordnungen von derartig einschneidender Bedeutung, die für Uebertretungen Geldstrafen bis zu 100 000 Mk. vorsehen, sollten unseres Erachtens unbedingt in der gelesenen Tagespresse erlassen werden. Nach dieser Verordnung ist es auch den Unternehmern verboten, Arbeitsuchende direkt, d. h. ohne Vermittlung des städtischen Arbeitsamtes, einzustellen. In Zukunft sollten die zuständigen Behörden endlich auch diesen alten Zopf abschneiden und dem modernen Zeitgeist Rechnung tragen und mit den Publikationen im Intelligenzblatt aufhören. Nur durch eine moderne und wirklich praktische Form der Veröffentlichung kann die wichtige Verordnung allgemein bekannt und Uebertretungen verhindert werden.

~~Herr Diakonus Daniel~~ teilt uns mit, daß er an einer Versammlung des Bismarckbundes nicht teilgenommen hat. Es liegt hier ein Irrtum unseres Berichterstatters vor.

Pfingstferien. Der Unterricht der Städtischen Handels- und Gewerbeschule schließt am Mittwoch, den 4. Juni, und beginnt am Donnerstag, den 12. Juni 1919.

Mg. **Die Zahl der Arbeitslosen** betrug am 1. Juni 1485 männliche und 1399 weibliche, zusammen 2884. Dagegen waren für männliche nur 149 und für weibliche nur 129, zusammen 208 offene Stellen.

Das amerikanische Kochmehl

ist nunmehr eingetroffen und wird in der Zeit von Donnerstag, 5., bis Mittwoch, 11. Juni, ausgegeben werden. Auf die Marken 30 und 30K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder wird je ½ Pfund in allen Mehl- und Kolonialwarengeschäften verabfolgt werden. An Stelle des amerikanischen Kochmehles kann auch ½ Pfd. gewöhnliches Weizenmehl, jedoch nur in den Mehlgeschäften, entnommen werden. Der Preis für ein Pfund amerikanisches Kochmehl beträgt 2,16 Mark, für ein Pfund gewöhnliches Weizenmehl 32 Pfg.

Varieté Kleinhammerpark. Ab 1. Juni hat Direktor Tinse wiederum ein neues Programm zusammengestellt, das lebhaften Beifall findet. Die reizende Vortragskünstlerin Guschi Borges gab durch ihr heiteres und munteres Wesen den Beweis, daß auch ernstliches Gebiet ihr nicht ganz fremd ist. Mit wahrer Hingebung vermag sie beides zu verbinden und ihre klare Aussprache gab dem Ganzen den Reiz der guten Vortragskunst. Der Humorist Fritz Heiter ist ja den Danzigern schon längst bekannt. Als „Nieversager" und kecker Draufgänger ließ er auch diesmal seinem Humor freien Lauf. Mit den beiden Gesangstücken „So leben wir heut', aber Sonntags" und „Alles wegen die Weiber" erntete er reichen Beifall. Einen durchschlagenden Erfolg brachte jedoch die unter Mitwirkung des Publikums in Szene gesetzte „Einnahme der Festung Oliva". Ein gutes Zusammenspiel zeigte das Gesangsduett Willing. Der „keusche Joseph" muß jedoch die allzugroße Schüchternheit fallen lassen. Travelli als Schlangenmensch oder „der Mann auf der Lampe" setzte durch seine Darbietungen die Besucher in Staunen. Fast muß man glauben, daß sein Körper nur ein biegsames Gestell sei, welches jeden Augenblick eine andere Form annimmt. Die jugendliche Anmut und Geschmeidigkeit war bewundernswert und nach dem Sprung von einer 2½ Meter hohen Lampe mit zusammengekrümmtem Körper heimste sich der wohlverdiente Beifall. Gatourel Miniatur-Theater ist noch immer eine Glanznummer des gesamten Programms. Die Parodie: Der Rattenfänger von Hameln" wirkte besonders gut. Der Humorist Georg Renno verfügt über recht angenehme Stimmmittel und trug mit seinen vorzüglichen Darbietungen zur Vervollständigung des Programms bei. — [illegible] der besuche diese Vorstellungen. Im Kabarett zur Kleinhammerdiele treten außerdem allabendlich erstklassige Künstler und Künstlerinnen auf. E. R.

Konzert Emmy Leisner.

In ihrem gestrigen Konzert, zu dem die Sporthalle wieder nahezu ausverkauft war, sang Emmy **Leisner**, die bedeutende Altistin, je eine Liederreihe von Beethoven, Brahms und Schumann. Obschon es ja immer wieder ein Genuß ist (namentlich, wo es sich um Brahms und schließlich auch um Schumann handelt) diesen Liederperlen aufs neue zu begegnen und auch hochinteressant, die verschiedenen Interpretationen namhafter Künstler nebeneinander zu stellen, so tut doch endlich eine Belebung des Liederkonzertprogramms durch moderne Meister bitter not. Zumal Künstler vom Schlage der Heß, Kirchhoff, Schlusnuß, Dux, Leisner u. a., die wir während dieser Saison zu hören bekamen, gewiß am ehesten in der Lage wären, uns einmal durch neue Gaben eines Pfitzner, Mahler, Schillings, oder des trefflichen Georg Göhler zu erfreuen. Denn es ist wahrlich kein Mangel an Verständnis, wenn die größere Mehrzahl der Zuhörer bei den Beethoven-Liedern, von denen mehr als die Hälfte höchstens musikalisches Interesse haben, trotz Emmy Leisners hoher Kunst recht kühl blieb. Der Zauber ihrer Stimme liegt in den unteren Registern. Hier bringt sie Töne von der Farbe dunklen Samtes und einer ganz wundervollen Resonanz. Dabei hat sie die zwingende Macht des dreifachen p., mit dem sie aus Brahms' „Auf dem Kirchhof" und der „Sapphischen Ode" sowie Schumanns „Mondnacht" (das stürmisch da capo verlangt wurde) wahre Kabinettstücke machte. In den hohen Lagen, zumal im Forte, dagegen klingt die Stimme nicht weich genug und auch ein gewisses Uebersteigern der Tempi nahm wieder anderen Liedern Weihe und Gehalt. Am Flügel betätigte sich sehr geschickt und feinfühlend Dr. Victor Ernst **Wolff**. W. O.

Letzte Nachrichten.

Auch Clemenceau und Foch.

Mannheim, 3. Juni. Die „Neue Badische Landeszeitung" teilt ein Protokoll mit, nach dem General Gérard, der Kommandeur der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz, den Abgeordneten Richter und Hoffmann am 8. März d. Js. erklärt hat, er habe mit Clemenceau und Foch verhandelt und der letztere habe gesagt: „Sie können den Herren Richter und Hoffmann, mit denen er über Gründung der Republik sprach, am 8. März d. Js. erklärt, rechts des Rheins nichts mehr zu tun haben werden. Das rechte Rheinufer wird vom linken getrennt. Demgemäß sind keine Maßregelungen zu befürchten, und die Alliierten werden bei dem Friedensschluß die rechtsrheinische Regierung hindern, die Bevölkerung des linken Rheinufers zu schädigen. Die Tätigkeit der deutschen Regierung wird am Rhein aufhören. Die Volksteile des linken Rheinufers können sich darüber äußern, wie sie wollen: einen unabhängigen Staat, oder mehrere unabhängige Staaten oder sonst einen modus vivendi, aber in allen Fällen werden die Deutschen auf dem linken Rheinufer nichts zu sagen haben."

Was uns nicht wundert.

Paris, 3. Juni. (Reuter.) In der Sitzung des Obersten Wirtschaftsrats wurde mitgeteilt, daß die militärischen Behörden der Alliierten Maßnahmen getroffen haben, um die deutsche Regierung daran zu verhindern, für **Polen** via **Danzig** bestimmte Vorräte im Widerspruch mit den Waffenstillstandsbedingungen wiederum anzuhalten.

Vermehrung der Gendarmerie und Schutzmannschaft.

Berlin, 4. Juni. Nachdem sich die Friedensabordnung mit der Verminderung unseres Heeres auf 100 000 Mann einverstanden erklärt hat, muß, wie halbamtlich bemerkt wird, verlangt werden, daß die Wachmannschaft und Gendarmerie keinesfalls auf den Stand von 1913 erhalten bleibt, denn wir hatten 1913 nur 6000 Mann Gendarmerie, während zum Beispiel Frankreich 25 000 militärisch organisierte Gendarmen besaß. Durch die Einführung des Acht-Stundentages auch bei der Polizei ist ohnehin eine Vermehrung der Polizei unerläßlich.

Belagerungszustand.

Berlin, 4. Juni. Das Reichsgericht beschäftigte sich gestern wiederum eingehend mit den rheinischen Loslösungsbestrebungen. Ueber den Bezirk Düsseldorf ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Gegen Erneuerung der Hungerblockade.

Paris, 3. Juni. (Reuter.) Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die kürzliche Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer eventuellen Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Die Pariser Untergrundbahn steht still.

Paris, 3. Juni. (W. T. B.) Die Angestellten der Pariser Untergrundbahnen beschlossen in einer Sitzung, heute vormittag in den Streik zu treten. Der gesamte Betrieb ruht.

Ablehnung in Oesterreich.

Berlin, 4. Juni. Der Gesandte der deutsch-österreichischen Republik in Berlin, Dr. **Hartmann**, hat sich gestern abend nach Wien begeben, um dort an den Beratungen über den Friedensentwurf des Verbandes teilzunehmen. Alle bisherigen Stimmen aus Deutsch-Oesterreich bezeichnen diesen Entwurf als unannehmbar.

Wien, 3. Juni. (W. T. B.) Die nächste Sitzung der Nationalversammlung ist für [illegible] den 7. d. Mts., einberufen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Friedensbedingungen.

Meinungsverschiedenheiten?

Paris, 3. Juni. (Reuter.) Mit Bezug auf Berichte über Meinungsverschiedenheiten unter den britischen Vertretern der Friedenskonferenz wegen der Deutschland zu gewährenden Konzessionen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß zwar naturgemäß die verschiedenen Ansichten nicht immer in jedem Punkte vollkommen übereinstimmen, daß jedoch keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Standesamt vom 3. Juni.

Todesfälle. Landwirt, Kinderwärter Alfred [illegible] 11 J. 4 M. — S. des Arbeiters August [illegible], [illegible] — S. des Arbeiters Julius Wroloh, 11 J. 2 M. — Arbeiter Jakob Czarnecki, 55 J. 8 M. — T. des Schmiedegesellen Bernhard Hinzmann, 5 M. — Witwe [illegible] Johannes geb. Teichke, 73 J. 8 M. — [illegible] und Zimmermeister Eugen Bach 65 J. [illegible] — [illegible] zuletzt Kanzleiarbeiter Albert [illegible] J. 6 M. — Tischlergeselle Arthur [illegible], 45 J. [illegible] — T. des Landwirts Otto [illegible] J. 5 M. — Unehelich 1 S.

Verantwortlich für Redaktion: Karl Bätcher [illegible]; Inserate: Bruno Ewert; Verlag: J. [illegible]. Druck [illegible] & Cie. in Danzig.

Danziger Stadttheater.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 4. Juni 1919, abends 8 Uhr.
Dutzendkarten haben Gültigkeit.
Zum Besten der Wohlfahrtskasse des deutschen Bühnenvereins.

Nora.

Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.
Personen wie bekannt.
Anfang 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.
Donnerstag abend 8 Uhr: Als ich noch im Flügelkleide. Dutzendkarten haben keine Gültigkeit. — Freitag abend 8 Uhr: Als ich noch im Flügelkleide. Dutzendkarten haben Gültigkeit. — Sonnabend abend 8 Uhr: Graf und sein Ring. Bei ermäßigten Preisen.

Marienkirche.

Sonnabend, 14. Juni 1919, abends 7 Uhr:
Einmaliges Konzert des
Berliner Hof- und Domchors
(80 Herren und Knaben).
Leitung: Prof. Heinr. Rüdel.
Orgel: Otto Kriesche.
Karten zu Mk. 6,50, 3,50, 4,50, 2,50 bei Hermann Lau, Langgasse 71. (94807
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Kleinhammer-Park
Danzig-Langfuhr, Marienstr. 13.
Heute und folgende Tage!
7 Uhr!
Die neue Juni-Spiel-Folge.

Achtung! Neu eröffnet!
Gesellschaftshaus Heubude
Donnerstag, den 5. Juni:
Eröffnungsfeier
wozu freundlichst einladet
W. Lucht.

Fußball-Wettspiele

Pfingsten 1919 :: Heinrich Ehlersplatz.
Verein für Bewegungsspiele - Königsberg
(mehrmaliger Bezirks- und Verbandsmeister)
am 1. Feiertag, Sonntag, den 8. Juni, gegen
Verein für Leibesübungen von 1862 E. V.
und am 2. Feiertag, Montag, den 9. Juni, gegen
Danziger Sportklub von 1912.
Spielbeginn 3½ Uhr.
Preise: Tribüne 1,50, Platz 1,— Mk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Danzig.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß bei der Urwahl am 25. Mai zum deutschen Gewerkschaftskongreß der

Kollege Rudolf Habenicht, Schlosser,

mit 286 Stimmen gewählt worden ist.
Außerdem erhielt Stimmen Lehmann, Emil, 344. 47 Stimmen waren zersplittert. Die Beteiligung an der Wahl betrug 5% .
Die Verwaltung.
J. A.: Fr. Korzynski. (3325

Uhren

Große Auswahl
in silbernen und goldenen Damen- u. Herren-Uhren.
Weckeruhren in allen Preislagen.
Reparaturen zu soliden Preisen.
S. Lewy Nflgr.,
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Otto Hamann
Optiker und Mechaniker
Danzig, 1. Damm Nr. 3
empfiehlt in allen Arten
Brillen und Klemmer
Taschenlampen sowie allerbeste Batterien
— Sämtliche Reparaturen werden ausgeführt —

Achtung! Aus dem Felde zurückgekehrt!
[illegible]
Maß- und Reparaturarbeiten
[illegible]
— Lieferung schnell und sauber. —
[illegible]
Felix Müller, Schuhmacher,
[illegible]

Preiswerter Damenputz.

Damen-Sporthut
kleidsame Form, aus exotischem Geflecht (Manarana) mit Bandeinfassung und Garnitur
9⁷⁵

Kinder-Hüte
Kieler Formen, weiß und schwarz, in verschiedenen Geflechten
9⁷⁵

Ungarnierte Formen
Bastgeflechte in schwarz, marine, hellfarbig, solide kleidsame Formen
14⁷⁵ 9⁷⁵

Gebrüder **Freymann** G.m.b.H.
98495

Aufruf!

Die Kriegsblinden der Provinz Westpreußen würden es sich zur Ehre anrechnen, unterstützende Ehrenmitglieder in ihrer Liste führen zu dürfen.
Anmeldungen erbittet
Willi Hoffmann,
Danzig, Steindamm 21,
Vorsitzender des Bundes erblindeter Krieger. Bezirk Westpreußen.

Neuerscheinung:
Scheidemann.
Der Aufstieg eines deutschen Arbeiters
von Erich Kuttner.
Preis 1 Mark.
Buchhandlung „Volkswacht“, Paradiesgasse 32

Achtung! Achtung!
Gediente Infanteristen, Feldartilleristen, Maschinengewehr-Schützen, Radfahrer, Minenwerfer, Flammenwerfer, Scheinwerfer, Motorenschlosser, Schuhmacher, Schneider, Waffenmeistergehilfen, Sanitätspersonal der Jahrgänge 1891-1902, auch körperlich kräftige Ungediente werden noch eingestellt, ferner tüchtige Militärmusiker und eingearbeitete Schreiber für Geschäftszimmer und Kassenverwaltung. Persönliche Anmeldung schriftlich unter Vorlage von Militärpapieren und Führungszeugnissen seit der Entlassung. Verpflichtung für 3 Monate nach 14tägiger Probezeit.
Wer willens ist, ein tüchtiger Soldat in einer tüchtigen Truppe zu sein, der melde sich bald.
Freiw. Sturmabtlg Roßbach Culmsee Wpr.

Moral ohne Gott

Zur Frage
der Trennung von Staat und Kirche
von
Waldemar Domröse-Oliva
Preis 1 Mark.
Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht.
Danzig, Paradiesgasse 32.

Die Neugeburt der Religion
mit einem kritischen Ueberblick als Anhang von
Edmund Neuen.
Preis Mk. 1.80.
Buchhandlung Volkswacht.
Paradiesgasse 32.

Hellgraues Kleid, Größe 42, versch. Mädchenkleider für 12-15jährige, verschiedene Kinderkleid. für 1-2jährig, verschiedene Kleider und Blusen zu verkaufen. Bes. von 10-1 und von 4-7 Uhr. Müller, Westfalenweg 1, 1.

Tüchtiger Färber
u. chem. Putzer sucht sofort Stellung A. Scharlenberg, Danzig, Langgarten 31a.
3318

Schlosser, Tischler
für landwirtschaftlichen Maschinenbau und
Former
stellen ein
Maschinenfabrik Muscate, Beiske & Co., G. m. b. H. Dirschau.

Straßenverkäufer
für die „Volkswacht“
stellt ein
„Volkswacht“
Danzig Paradiesgasse Nr. 32.

Pfingst-Angebot!

Preiswerte
elegante Damen-Kleidung

Blusen
aus Seide und Waschstoffen, in reichem Farbensortiment, fesche Formen, zu vorteilhaften Preisen

Röcke
aus la Kammgarn, Tuch und Gabardine, in marine, schwarz, farbig aus Taffet u. Eolienne in modernen Farben

Kleider
aus Seide und Waschstoffen, fesche, elegante Modelle, in Blusen, kleidsamen Farben, außerordentlich preiswert

Gebrüder **Freymann** G.m.b.H.

Am 2. Juni verstarb nach schwerem Leiden, infolge eines Unfalles, unser treues, langjähriges Mitglied,
der Maurer
Adolf Schöler
aus Stutthof im Alter von 50 Jahren.
Wenn auch nicht öffentlich in der Parteibewegung hervorgetreten, so hat er doch stets seine Parteipflicht treu erfüllt. Die Früchte seiner Arbeit zu genießen, war ihm leider nicht vergönnt.
Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. (3322
Der sozialdemokratische Ortsverein Stutthof.

Suchen
Sie eine
Stellung oder Arbeit?
So inserieren Sie in der
Volkswacht.
Die Zeile kostet 15 Pfennig.
Selbst das kleinste
Inserat
wird
gelesen.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, erv. Ohrschmerz üb. tausendf. bewährt, patentamtl. geschütz. Ohrtrommeln. Bequem u. unsichtbar zu trag. Glänz. Anerkennung. Gr. 8. nat. Sanis Verl. München 521
1879

Männer
Harn- und Blasenleiden, Ausfluß usw., bewährt und anerprobt, auch in veralteten Fällen, sind meine echten Santal-Kapseln.
Preis Originalkarton Mk. 7, 3 Kartons Mk. 20.
Hildebrandt, Versandhaus 229, Berlin N 4, Invalidenstr. 8. (3301

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Sanis Verland München 521.

Reinlein. Schürzen.
Wirtschaftsschürzen, blau Zellstoff Stck. 5,50, 3 Stck. 16,50, rein Leinen Stck. 14, 3 Stck. 41 M. Frauenwirtschaftsschürzen, elegant: Pa. Zellstoff Stck. 9,50, 3 Stck. 27, rein Leinen Stck. 26,60, 3 Stck. 75 M. Damenhausschürzen sehr vornehm, allerb. Zellstoff Stck. 16, 3 Stck. 46, rein Leinen Stck. 29,50, 3 Stck. 86 M. Kleiderschürze Pa. Pr. Zellstoff Stck. 34, 3 Stck. 95 M. Männerschürzen blau Zellstoff, Stck. 6,25, 3 Stck. 18 M. Schoosschürzen Dtzd. 9 und 12 M.
August Rottig,
Dessau II 143. (3316

Seifen
Wasch- und Toilette,
sehr preiswert. Proben unter Nachnahme.
Kranier & Swanischisky,
Berlin-Friedenau. (3327

Rauchtabak!
Garantiert rein.
Schnupftabak
Pfd. 6 Mk., bei 20 Pfd. à 5 Mk.
Rauchtabak, gute Mischung billig,
auch für Wiederverkäufer.
[illegible]
3945

Uhren!
werden innerhalb 10 Tagen gut u. preiswert repariert in der Spezialwerkstatt für Uhren u. Goldwaren von
Bruno Bremann
3. Damm 14, 1. (3316

Umänderungsarbeiten u. Reparaturen werd. a. Herumgehen, Wasserleitung, Klosetts u. Badeeinricht. prompt und billig ausgeführt. alle Schlosserarb. werden angenommen.
Schlosserei Otto Blaul.
Poggenpfuhl 64. (1957

Klaviere, Harmoniums, mech. Instrum. usw. rep. u. stimmt glockenrein
[illegible] Danzig, Stadtgraben 20, 1 Damme entlang. [illegible]

Einpolstern von Sofas und Matratzen, Anbringen von Gardinen und Dekorationen führt aus (1195
Paul Rakel, Dekorateur,
[illegible]
Verkauf gut gearb. Chaiselongues, Sofas, Garnitur.

≡ **Pfingstkarten** ≡
eingetroffen.
Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.

Amtliche Bekanntmachungen.

Vorauslieferung von Kartoffeln.

Infolge des reichlicheren Eingangs von Kartoffeln werden von Donnerstag, den 5. d. M. an außer der für den Verbrauch in dieser Woche aufgerufenen Menge durch die städtischen Händler für den Verbrauch in der Woche vom 8. bis 14. d. M. geliefert:
Auf die Marke Nr. 3 der Kartoffelkarte Nr. 38
3 Pfund Kartoffeln.
Auf die Marke Nr. 4 der Kartoffelkarte Nr. 38
3 Pfund Kartoffeln.
Sofortige Abholung der Kartoffeln wird dringend empfohlen. (95260

Danzig, den 4. Juni 1919.
Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Amerikanisches Mehl.

Von Donnerstag, den 5. bis Mittwoch, den 11. Juni, wird auf die Marken 30 und 30 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder je ½ Pfund amerikanisches Kochmehl zum Preise von 2,15 Mk. für das Pfund oder ½ Pfund gewöhnliches Weizenmehl zum Preise von 32 Pf. für das Pfund ausgegeben werden.

Gegen Abgabe des Mittelstücks der Lebensmittelkarte für Binnenschiffer, in deren Gültigkeitsdauer die oben angegebene Zeit fällt, dürfen 500 Gramm amerikanisches Kochmehl oder 500 Gramm gewöhnliches Weizenmehl ausgegeben werden.

Das amerikanische Kochmehl ist in allen Mehl- und Kolonialwarengeschäften erhältlich, das Weizenmehl jedoch nur in den Mehlgeschäften.

Die vereinnahmten Marken sind von den Händlern bis zum Sonnabend, den 14. Juni, der Mehlabteilung, Elisabethkirchengasse 3, Zimmer 22, abgezählt und gebündelt einzureichen. (95261

Danzig, den 4. Juni 1919.
Der Magistrat.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Gemäß Bestimmung des Bundesrats vom 22. 11. 17, betr. Erhöhung der für die Festsetzung des Grundlohns bestimmten oberen Grenze des durchschnittlichen Tagesentgelts von 6 auf 10 Mark, wird die Satzung wie folgt geändert:

§ 20.

Die baren Leistungen der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise festgelegte durchschnittliche Tagesentgelt der Kassenmitglieder bis 10 Mk. für den Arbeitstag. Zur Festsetzung des Grundlohns werden die Kassenmitglieder eingeteilt in solche, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag beträgt:

1.	weniger als	1,50 Mk. einschließlich der ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge	. . .	1. Stufe
2.	bis einschließlich	2,50 Mark	. . .	2. Stufe
3.	bis einschließlich	3,50 Mark	. . .	3. Stufe
4.	bis einschließlich	4,50 Mark	. . .	4. Stufe
5.	bis einschließlich	5,50 Mark	. . .	5. Stufe
6.	bis einschließlich	6,50 Mark	. . .	6. Stufe
7.	bis einschließlich	7,50 Mark	. . .	7. Stufe
8.	bis einschließlich	8,50 Mark	. . .	8. Stufe
9.	bis einschließlich	9,50 Mark	. . .	9. Stufe
10.	mehr als	9,50 Mark	. . .	10. Stufe

Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:

für die 1. Stufe	auf	1,— Mark
für die 2. Stufe	auf	2,— Mark
für die 3. Stufe	auf	3,— Mark
für die 4. Stufe	auf	4,— Mark
für die 5. Stufe	auf	5,— Mark
für die 6. Stufe	auf	6,— Mark
für die 7. Stufe	auf	7,— Mark
für die 8. Stufe	auf	8,— Mark
für die 9. Stufe	auf	9,— Mark
für die 10. Stufe	auf	10,— Mark

§ 40.

Die Kassenbeiträge werden auf 6¾ Hundertstel des in § 20 festgesetzten Grundlohns festgelegt und für je 1 Woche berechnet. Sie betragen:

für die 1. Stufe	=	0,27 Mark
für die 2. Stufe	=	0,54 Mark
für die 3. Stufe	=	0,81 Mark
für die 4. Stufe	=	1,08 Mark
für die 5. Stufe	=	1,35 Mark
für die 6. Stufe	=	1,62 Mark
für die 7. Stufe	=	1,89 Mark
für die 8. Stufe	=	2,16 Mark
für die 9. Stufe	=	2,43 Mark
für die 10. Stufe	=	2,70 Mark

Vorstehender Beschluß wird hiermit als 2. Nachtrag der Satzung vom 20. 5. 18 / 29. 9. genehmigt.

Danzig, den 21. Mai 1919. (95[illegible]

Oberversicherungsamt.
L. S. gez. Unterschrift.

Dieser Nachtrag ist vom 1. April 1919 an gültig.
Landkrankenkasse des Kreises Danziger Niederung.
Der Vorstand.

Fada-Waschpulver zarte **Wäsche!**